

01

Finanzkompetenz junger Menschen sicherstellen

Forderung:

Das Jugendparlament SG AI AR fordert die Kantonsparlamente und Regierungen der Kantone St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden auf:

Altersgerechte Massnahmen zur Verbesserung des praktischen Finanzverständnisses in die allgemeine Schulbildung aufzunehmen. Es soll ein solides (Grund-)Verständnis des Finanzsystems vermittelt werden.

Insbesondere sollen steuerliche Grundkenntnisse, Budgetierung, das Drei-Säulen-System der Schweiz, der verantwortungsvolle Umgang mit Schulden sowie deren Risiken, grundlegende Prinzipien von Investitionen und die Funktionsweise der Grundversicherung vermittelt werden. Der Fokus soll dabei auf jenen Kompetenzen liegen, die für das spätere Erwachsenenleben zwingend nötig sind.

Begründung:

Mit dieser Forderung möchte das Jugendparlament SG AI AR sicherstellen, dass alle jungen Menschen frühzeitig und altersgerecht Kompetenzen erwerben, die für ihre finanzielle Selbstständigkeit und ihr späteres Leben unerlässlich sind. Ein solides Verständnis des Finanzsystems, von Steuern über Budgetierung bis hin zur Altersvorsorge, bildet die Grundlage dafür, dass Jugendliche verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen und finanzielle Risiken frühzeitig erkennen können. Die Vermittlung von finanzieller Bildung sollte altersgerecht über die gesamte Schulzeit hinweg stattfinden.

Bewusst wurden jene Themenfelder ausgewählt, die alle betreffen und die wichtigsten Aspekte des Finanzwissens abdecken, ohne zu tief in spezifische Fachmaterien einzusteigen. Ziel ist eine praxisnahe Vermittlung: Jugendliche sollen verstehen, warum sie zum Beispiel Steuern zahlen, wofür diese eingesetzt werden, wie man ein Budget erstellt oder welche Bedeutung die drei Säulen in der Altersvorsorge haben. Es geht darum, grundlegende Mechanismen des Finanzsystems nachvollziehbar zu erklären, sodass junge Menschen dieses Wissen im Alltag anwenden können und nicht erst dann mit komplexen Fragen konfrontiert werden, wenn sie bereits finanzielle Verantwortung tragen.

Darüber hinaus trägt die Forderung dazu bei, soziale Ungleichheiten zu reduzieren: Finanzielle Grundkompetenzen sollen nicht davon abhängen, ob Jugendliche diese zu Hause vermittelt bekommen. Eine allgemein verankerte Finanzbildung stellt sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler dieselben Chancen erhalten, sich auf das Erwachsenenleben vorzubereiten.

Durch die Einführung solcher altersgerechter, praxisnaher und systematisch aufgebauter Bildungsinhalte wird die Selbstständigkeit junger Menschen gefördert und ihre Fähigkeit gestärkt, später verantwortungsvoll mit Geld, Versicherungen und langfristigen finanziellen Verpflichtungen umzugehen. Langfristig stärkt dies nicht nur die individuelle Lebensführung, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität der Gesellschaft.

Zum Entstehungsprozess:

An der 52. Jugendsession beschäftigten sich rund 15 Jugendliche im Workshop «Finanzielle Lage junger Menschen sicherstellen» intensiv mit der Frage, welches Wissen im Bereich Finanzen jungen Menschen vermittelt werden sollte. Sie erhielten Input von Therese Faessler, Mitgründerin von Equitika und Head of Financial Literacy bei der Swiss FinTech Association.

Nach der Diskussion mit der Expertin tauschten sich die Jugendlichen weiter über Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze aus. Dabei identifizierten sie die Schule als den wichtigsten Ort, um finanzielle Bildung zu vermitteln. Gleichzeitig diskutierten sie über Themen wie Bildungschancen und das aktuelle Wirtschaftssystem. Auf Grundlage dieser Gespräche formulierten sie die aus ihrer Sicht wichtigsten Themengebiete, die sie als nützlich für das Leben einstufen, und leiteten daraus eine Forderung ab.

Diese Forderung wurde anschliessend dem Plenum der Jugendsession präsentiert, um den anderen Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen und Änderungsanträge zu erarbeiten. Es wurde lediglich ein Änderungsantrag eingereicht: Der Begriff «obligatorische Schulbildung» wurde zu «allgemeine Schulbildung» angepasst, um weiterführende Schulen einzubeziehen und altersgerechtes Wissen vermitteln zu können. Dieser Änderungsantrag wurde angenommen.

Die finale Forderung wurde im Plenum mit 45 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung verabschiedet. Damit erhielt der Vorstand des Jugendparlaments den Auftrag, die Forderung bei den Kantonen einzureichen.